

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riefa,
Bismarckstr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rats der Stadt Riefa, des Rinnenzwangs Riefa und des Bauhauamts Weiksen.

Postfachkonto: Dresden 1531,
Grotzstraße Riefa Nr. 52.

Nr. 222.

Mittwoch, 23. September 1923, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe eines Kassenbogens in Kontrast gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftskonto: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. B. K. Teichgraber, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riefa.

Vor der Entscheidung des Reichskabinetts.

Von unserem Berliner Vertreter.

Das Reichskabinetts, das am Montag abend seine Beratungen abbrechen mußte, ist wider Erwarten auch am Dienstag nach mehrstündigen Erörterungen noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung über die Beantwortung der alliierten Einladung gelangt. Es scheint, daß diesmal ein sehr großer Apparat aufgebaut werden muß, um die öffentliche Meinung für die Regierung zu gewinnen und die Widerstände zu überwinden, die sich im Lager der Rechten gegen die Regierungspolitik geltend machen. Am Mittwoch soll nunmehr in einem Kabinettsrat, der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg tagen wird, endlich der letzte Beschluß des Reichskabinetts fallen. Man erwartet, daß bis dahin auch die deutschnationalen der Regierung die Zusage gegeben haben, die Mitverantwortung für die bevorstehenden Sicherheitsverhandlungen zu übernehmen.

Wie man erfährt, haben sich auch die deutschnationalen Vorstände zu der Auffassung bekannt, daß eine Ablehnung der alliierten Einladung für die Reichsregierung nicht in Frage kommen kann. An der Lage Deutschlands werde zweifellos nichts gebessert werden, wenn jetzt der Ansehens herabgerufen werde, als befände sich die deutsche Regierung nicht in der Lage, die von ihr angeregten Sicherheitsverhandlungen fortzuführen.

In den parlamentarischen Kreisen ist die Spannung nunmehr auf höchste getrieben. Man ist außerordentlich erkrankt darüber, daß der Auswärtige Ausschuss des Reichstages, der am Mittwoch zusammentreten sollte, um mehrere Tage vertagt worden ist, denn dadurch würde der Eindruck hervorgerufen, daß die Regierung sich bei ihren Entscheidungen in einer unsicheren Lage befindet. Namentlich die Oppositionsparteien glauben einen beifälligen Anlauf gefunden zu haben, um die Regierung kritischer davor zu warnen, sich der Entente gegenüber den Ansehens zu geben, als sei sie nicht in der Lage, zu klaren Entscheidungen zu gelangen. Dadurch werde die Position der deutschen Unterhändler außerordentlich erschwert, zumal man in der Beratung des Auswärtigen Ausschusses einen Beweis dafür erblicken könne, in welcher Verlegenheit sich das Kabinetts Luther befindet. Reichskanzler Dr. Luther ist angesichts der nervösen Stimmung der parlamentarischen Kreise entschlossen, die Entscheidung unter allen Umständen am Mittwoch herbeizuführen. Die kritischen Punkte, um die jetzt gekämpft wird, drehen sich hauptsächlich darum, ob der Außenminister Dr. Stresemann zunächst allein zur Konferenz gehen und welche Zusammenlegung die deutsche Delegation überhaupt erfahren soll. In dieser Hinsicht scheinen noch einige Meinungsverschiedenheiten zwischen der Reichsregierung und den deutschnationalen zu bestehen, so daß heute das Gerücht verbreitet ist, wonach zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und dem deutschnationalen Minister des Innern Schiele eine neuerliche Spannung eingetreten sei. Immerhin ist anzunehmen, daß diese Gerüchte bei weitem übertrieben sind, und daß spätestens innerhalb der nächsten 48 Stunden eine vollständige Klärung der Situation eingetreten sein wird. Alle beteiligten Kreise sind sich darüber klar, daß das Nichtaufkommen einer Einigung unvermeidlich zu einer Regierungskrise führen würde, für deren Ausbruch aber keine Partei angesichts des Ernstes der Situation die Verantwortung auf sich laden darf.

Zur Sicherheitsfrage.

Berlin. (Funkpruch.) Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist nunmehr zur Verhandlung der Sicherheitsfrage endgültig am Sonnabend, den 28. September vorm. 10 Uhr einberufen worden.

Berlin. (Funkpruch.) Der heutige Ministerrat unter Vorsitz des Reichskanzlers beginnt um 8 Uhr. In dem morgigen Kabinettsrat unter Vorsitz des Reichspräsidenten wird die Entscheidung über den Entschluß der Regierung fallen. Die Ministerpräsidenten der Länder und der Auswärtige Ausschuss werden, wie die Blätter hören, zur Verantwortung mit herangezogen werden, soweit es sich um die materiellen Grundlagen der Einladung handelt, da über die Annahme der Einladung an sich wohl keine Meinungsverschiedenheit mehr besteht.

Berlin. (Funkpruch.) Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat heute vormittag über ihre Beratungen den Sicherheitspakt fortgesetzt. Bis zum Mittwoch wurde erhaltene Graf Bekker, der Vorsitzende der Fraktion, einen Bericht über die politische Lage.

Berlin. „Deutsche Zeitung“ und „Tägliche Rundschau“ wissen mitzuteilen, daß die deutschnationalen bereit seien, ihre Zustimmung zu der Teilnahme Deutschlands an einer Ministerkonferenz zu geben, wenn es sich bei dieser Zusammenkunft nicht um die endgültige Faktikonferenz, sondern lediglich um eine Ministerbesprechung handelt, auf der nach der Klärung der rechtlichen Seite in London nun die politische Klärung der Frage durch die Außenminister erfolgen solle. Die eigentliche Entscheidung solle dann erst auf einer Schlußkonferenz fallen. Was die Räumung der Kölner Zone betrifft, erinnert die „Tägliche Rundschau“ an die wiederholten Erklärungen des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers, daß ohne diese Räumung kein Abschluß der Verhandlungen denkbar sei. Zur Kriegsschuldfrage sei bereits in dem Völkerbundsmemorandum der deutschen Regierung vom September vorigen Jahres das nötige gesagt worden.

Die Konferenz am 5. Oktober.

Paris. (Funkpruch.) Man legt in einem offenbar inspirierten Artikel: Das Datum des 5. Oktober als Beginn der Konferenz kann als ungefähr feststehend betrachtet werden. Als Ort der Zusammenkunft kommt Locarno in Frage. An der Konferenz werden teilnehmen: Die Delegationen von 7 Mächten, nämlich von Frankreich, England, Deutschland und Belgien zum Studium des rheinischen Paktens, von Polen und der Tschechoslowakei zum Studium in den Schiedsgerichtsverträgen und schließlich von Italien. Diese Konferenz, ob sie gelingen oder scheitern wird, werde eine neue Etappe in der Geschichte Europas bedeuten.

Die Räumung der Kölner Zone.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist der Beschluß der alliierten Regierungen, die Kölner Zone bis Mitte November zu räumen, gefestigt worden, um der deutschen Regierung die Sicherheitsverhandlungen dadurch zu erleichtern. Diese Absicht der alliierten Regierungen ist darauf zurückzuführen, daß bei den technischen Verhandlungen zwischen der Interalliierten Militärkontrollkommission und der deutschen Kommission eine Verständigung über die allgemeinen Punkte der Durchführung der alliierten Entwaffnungsforderungen erstet worden ist. Die bei diesen Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission, die zurzeit noch geheim gehalten werden, sollen allerdings den beteiligten Regierungen noch zur Annahme vorgelegt werden.

Die vorstehende Nachricht wird durch folgende Meldung aus Paris widerriuen: Die von einem Berliner Blatt veröffentlichte Meldung aus Köln, daß die „erste Abklimmung“ im Laufe des November geräumt werden würde, wird von der Agence Havas als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet, da die alliierten Regierungen noch keinen Beschluß in dieser Richtung gefaßt hätten.

Hindenburg

an den Oberbürgermeister von Offen.

Der Reichspräsident hat an den Oberbürgermeister der Stadt Offen folgendes Schreiben gerichtet: Hochverehrter Herr Oberbürgermeister! Ihnen persönlich, wie der Stadt Offen sage ich auf diesem Wege nochmals meinen herzlichsten Dank für alle Freundlichkeit, deren Gegenstand ich während meines Besuchs bei Ihnen gewesen bin. Ich darf Ihnen versichern, daß mein Aufenthalt in Offen, insbesondere aber die so eindrucksvolle Befreiungsfeier im Saalbau mir stets unvergessen bleiben wird. Besonders Dank bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, auch für die liebenswürdige Gastfreundschaft entgegenzunehmen, die die Stadt mir durch Vereinstellung der Unterkunft in der Villa Waldhausen erwiesene hat. Indem ich Sie, Herr Oberbürgermeister, bitte, meine besten Wünsche für das Gedeihen der Stadt Offen und für Ihre weitere Amtsführung entgegenzunehmen, bin ich mit freundlichem Gruß Ihr sehr ergebener v. Hindenburg.

Die Ursache der „Ehenandoah“-Katastrophe.

New York. Bei der Untersuchung der „Ehenandoah“-Katastrophe in Lakehurst traten 23 Zeugen für die Ansicht des deutschen Kapitäns Heinen ein, der allein in der Herabsetzung der Anzahl der Heliumventile die Ursache des Unglücks sieht. Alle Zeugen, besonders die Überlebenden der „Ehenandoah“, sind sich somit in der günstigen Beurteilung des abgestürzten Luftschiffes einig.

Neue Schritte in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Warschau. Mehrere Mitglieder der polnischen Vertreter bei den deutsch-polnischen Handelsverhandlungen sind aus Berlin in Warschau eingetroffen, um von der Regierung neue Informationen einzuholen. Sie erklärten Journalisten, daß die deutschen Vertreter nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Fragen erörtert hätten. So seien von ihnen gewisse Forderungen in der Opintantenfrage gestellt worden. Die deutschen Vertreter hätten ferner den Abschluß eines Wirtschaftsprotokolls für ein Jahr verlangt, während die polnischen Vertreter einen solchen nur für neun Monate demühtigen wollten. Deutschland verlange außerdem die Eindämmung der Weitzbegünstigungsklausel und die Festsetzung von bestimmten Zöllen für die deutschen Waren. Die deutschen Vertreter waren andererseits bereit, in der Einfuhr polnischer Rohle entgegenzukommen und gewisse Zugeständnisse zu machen. In politischen Kreisen Polens herrscht die Ansicht, daß trotz dieser Differenzen eine Aussicht auf Verständigung mit Deutschland bestehe. Wie die Telegraphen-Linien hierzu von zuständiger Stelle erfährt, haben gestern zwischen der deutschen und der polnischen Delegation Verhandlungen stattgefunden, in denen die Grundfragen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen eingehend erörtert wurden. Hierbei stellte sich heraus, daß die polnische Regierung im Besonderen neue Zolltarife auszuarbeiten. Bei dieser Sachlage wurde daher von der deutschen Delegation vorgeschlagen, die weiteren Verhandlungen bis zur Bekanntgabe der neuen polnischen Zolltarife auszusetzen. Die polnische Delegation hat zugestimmt, sobald wie möglich die neuen polnischen Zolltarife der deutschen Regie-

rung bekanntzugeben. Nach den letzten Meldungen aus Warschau wird im polnischen Finanzministerium an dem neuen Zolltarife gearbeitet, da er die Grundlage für die Handelsvertragsverhandlungen bilden soll.

Völkerbund und Abrüstung.

Genf. Zu dem weitestgehenden Abzug des geltenden im Abrüstungsausschuss vorgelegten Resolutionsentwurfes wird in dem Bericht Venedig mitgeteilt, daß der Völkerbundrat über das Programm für die Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz entsprechend einer Anregung Englands, Frankreichs und Italiens selbst entscheiden will. Hinsichtlich der Vorarbeiten soll seinen Ansehens damit gewartet werden, um die Anträge des Völkerbundes auf diesem Gebiet einig praktischen Ziele anzuführen. Immerhin soll es dem Völkerbundrat überlassen bleiben, den ihm geeigneten erweichenden Zeitpunkt für den Beginn der einzelnen Unternehmungen zu bestimmen, damit diese Unternehmung abgeschlossen und die Konferenz alsbald einberufen werden kann, sobald infolge der allgemeinen politischen Lage ein Erfolg einer solchen Konferenz zu erwarten ist. Nach dem Bericht von Venedig soll der Völkerbundrat auf polnischen Antrag aufgefordert werden, in die Völkerbundskommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz auch Vertretern von Ländern aufzunehmen, die sich infolge ihrer geographischen Lage gegenüber dem Abrüstungsproblem in einer besonderen Situation befinden und nicht bereits anderweitig in einer Kommission vertreten sind. Sämtliche Mitglieder der Kommission für Vorbereitung der Abrüstungskonferenz sollen gleichberechtigt sein. Die Kommission kann nur Empfehlungen an den Rat richten, bei dem die Entscheidung bleibt. Die Koordinationskommission soll künftig heißen „Studienkommission“ für die Beobachtung und Einschränkung der Rüstungen. Das mit den Vorarbeiten der Abrüstungskonferenz betraute Personal des Völkerbundesrates soll vermehrt werden. Die Anreize über den Aufbau der Koordinationskommission sind in einem zweiten Resolutionsentwurf niedergelegt. Denselben Bericht, die beiden Resolutionen und Ungarns Antrag zum Protokoll über die gegenwärtigen Verhandlungen zur Abrüstungsfrage sollen an den Völkerbund weitergeleitet werden. Auf die Frage von Lauban-Dollanb, ob die Abrüstungskonferenz universell oder auf die Völkerbundmitglieder beschränkt sein solle, erklärte Venedig, es könne keinen Zweifel über die Universalität der Konferenz geben. Diese Auffassung wird in dem Bericht Venedig zum Ausdruck gebracht werden. Der Bericht wurde schließlich genehmigt, ebenso die beiden Resolutionen.

Coolidges Stellung zur Entwaffnungsfrage.

Washington. Coolidge brachte die Auffassung zum Ausdruck, daß Amerika an einer vom Völkerbund veranstalteten Entwaffnungskonferenz nur dann teilnehmen könne, wenn der Kongress seine Zustimmung erteilt.

Zur Moskultfrage.

Genf. Die britische Delegation ersuchte den Völkerbundrat, sobald als möglich zusammenzutreten, um die Korrespondenzen zu prüfen, die sich auf die Deportation türkischer Bewohner durch die türkischen Behörden in den nördlichen Moskulgebieten beziehen. Die britischen Vertreter erklärten, daß dadurch die Bestimmungen des Kaufmannsvertrages verletzt werden. Der Völkerbundrat soll aufgefordert werden, einen oder zwei Vertreter in die betreffende Gegend zu entsenden, um sich an Ort und Stelle über die Berechtigung der britischen und etwaiger türkischer Klagen zu unterrichten.

Eine türkische Stimme zur Moskultfrage.

Angora. Die offizielle Zeitung „Fatimide Nispet“ erklärt zur Moskultfrage: Wir gehen nicht vor den Panzer Schiedsgerichtshof. Alle Beschlüsse, die darauf abzielen, unsere Rechte zu annullieren, werden bereits jetzt für null und nichtig erklärt. Es gibt heute eine wachsame und selbstbewusste Türkei, die bereit ist, ihre kleinsten Rechte mit den schwersten Opfern zu verteidigen. Die englischen Staatsmänner verwechseln die Türken mit den anderen Völkern des Orients und die Karte der Türkei mit der Afrikas.

Sam Plane einer Weltwirtschaftskonferenz.

Genf. Im technischen Ausschuss des Völkerbundes begründete Pouchet Frankreichs Antrag auf Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz, indem er sagte, die Welt leide nicht nur unter den Mißständen des Krieges, sondern auch unter der wirtschaftlichen Organisation der Postkriegszeit. Der Krieg habe diese schwierige Lage noch verschlimmert. Die industrielle Weltorganisation und das Fehlen einer Regulierung der allgemeinen Produktion hätten Europa 1914 in den Krieg geführt und könnten morgen zu einem neuen Krieg führen. Die Staaten müßten dem übermäßigen wirtschaftlichen Individualismus gewisse Beschränkungen auferlegen. Pouchet wies weiter auf die Widerständigkeit hin, daß eine Überproduktion von höchstens 15 Millionen Tonnen Kohle in Europa den internationalen Markt überflutet und ein Bedarf von 10 Millionen ausländischen Getreides in Frankreich bei einem Gesamtverbrauch von 90 Millionen Tonnen den französischen Getreidepreis bestimme. Obenon paradox sei die Tatsache, daß die fortschreitende Vorkriegs-Industrialisierung Wirtschaftskrisen direkt fördere, wie das Beispiel von Oesterreich, Ungarn und Deutschland beweise. Von der internationalen Wirtschaftskonferenz könne ein Erfolg nur erwartet werden, wenn alle Völker, auch Deutschland, teilhätten. Der Franzose Pouchet, Generalsekretär der Gewerkschaften und Vertreter der Internationalen Arbeiterliga als Mitglied des Internationalen Arbeiterkongresses, verlangte, daß in das Programm der Konferenz auch die Fragen der Eins- und Auswanderung und der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden müßten.